LEITARTIKEL

So stoppt die EU den Zustrom nicht

Wenn Europa die Migration tatsächlich regeln will, braucht es andere Lösungen als Flüchtlingsdeals

EVA QUADBECK
ksta-politik@
kstamedien.de

Es ist nur einer von vielen Versuchen, die massive irreguläre Zuwanderung nach Europa zu stoppen. EU-Kommissionschefin von der Leyen plant erneut einen Deal, den Europa seit Jahren immer wieder mehr oder weniger erfolgreich einzugehen versucht: Geld gegen das Aufhalten oder die Rücknahme von Flüchtlingen. Das ist zynisch, zumal Europa solche Abkommen auch mit einem Staat wie Libyen hat. Für Europa gehören diese Vereinbarungen aber noch zu wirksameren Methoden, die elenden Lager an den eigenen Küsten, die Überforderung der eigenen Gesellschaften und den wachsenden Rassismus sowie den ständigen innereuropäischen Streit über die Verteilung der Menschen einzudämmen.

Die Reise von der Leyens ist auch ein Feuerwehreinsatz. Der Europawahlkampf läuft auf Hochtouren.

> Im Libanon fehlt die politische Stabilität für verlässliche Verabredungen

Ein erneuter massenhafter irregulärer Zuzug in die EU wäre in fast allen europäischen Ländern Wasser auf die Mühlen der Rechtspopulisten und Rechtsradikalen. Seit dem im Dezember mit viel Eigenlob verabschiedeten Asylkompromiss in der EU ist praktisch nichts geschehen, während die Flüchtlingszahlen jahreszeitbedingt wieder steigen.

Dem kleinen Zypern droht angesichts der ständig ankommenden Menschen das Chaos. Auch solche Bilder lassen die Bürgerinnen und Bürger auf dem Kontinent nicht unberührt und können Wahlentscheidungen beeinflussen. Da spielt es keine Rolle, dass die Rechtspopulisten auch keine Antworten haben, wie sie die Menschen von der illegalen Einreise abhalten wollen.

Vorbild für von der Leyens Vorhaben ist die EU-Türkei-Erklärung von 2016. Auf dem Höhepunkt des durch den Syrien-Krieg ausgelösten Massenzustroms vereinbarten die EU und die Türkei, dass die Geflüchteten in von EU-Geld finanzierten Lagern bleiben sollten. Im Vergleich zu den menschenverachtenden Lagern in Libyen und auch im Vergleich zu den in der Regel komplett überfüllten Auffanglagern an den Küsten Südeuropas sind die Zustände in der Türkei erträglich für die Menschen.

Der EU-Türkei-Deal funktionierte zumindest anfangs gut, weil die Europäer mit Präsident Recep Tayyip Erdogan einen Partner hatten, der die Vereinbarung innenpolitisch auch umsetzen konnte. Im Libanon sieht die Lage ganz anders aus. Dort fehlt die politische Stabilität für verlässliche Verabredungen. Auch wenn von der Leyen mit einer Milliarde Euro im Gepäck nach Beirut gereist ist, garantiert das keineswegs einen Erfolg.

Im Libanon leben rund 1,5 Millionen geflüchtete Syrerinnen und Syrer. Sie sitzen dort auf gepackten Koffern, müssen in großen trostlosen Lagern bleiben, dürfen nicht arbeiten, haben keine Perspektive. Angesichts der krisenhaften Lage wächst der Rassismus gegen die Flüchtlinge im Libanon. Es ist also auch noch gefährlich geworden.

Europa kann und will aus guten Gründen seine Arme nicht mehr öffnen. Das gilt nicht nur für Wahlkampfzeiten. Der im globalen Vergleich hohe Wohlstand in Europa und die Aussicht auf – trotz des Kriegs in der Ukraine – friedlichen und freiheitlichen Lebens werden auch in Zukunft Ursachen für einen hohen Migrationsdruck bleiben. Die EU wird die Lage nur in den Griff bekommen, wenn sie sich endlich zu einem gemeinsamen und solidarischen Vorgehen durchringt.

Es braucht eine gerechte Verteilung der Geflüchteten. Es braucht ein geschlossenes Vorgehen in Afrika und im arabischen Raum, um die Flucht in geordnete Bahnen zu lenken und Mindestanforderungen einer humanitären Behandlung zu gewähren. Dass Europa dafür Geld in die Hand nehmen muss, hat es schon begriffen. Dass die Europäer dafür auch an einem Strang ziehen müssen, die Erkenntnis hat sich leider noch nicht herumgesprochen.

KOMMENTAR

Mehr Hilfe für Suizidgefährdete

Hohe Zahl der Fälle nicht achselzuckend hinnehmen

TIM SZENT-IVANYI
ksta-politik@
kstamedien.de

In Deutschland nehmen sich fast 10 000 Menschen im Jahr das Leben. Es sterben damit etwa drei Mal so viele Menschen durch Suizid wie durch Verkehrsunfälle. Jahrzehntelang hat die Gesellschaft das mehr oder weniger achselzuckend zur Kenntnis genommen – nicht aus fehlender Empathie, sondern aus einem Gefühl der Hilflosigkeit. Erst die Debatte über die Sterbehilfe und die Selbstmorde Prominenter haben zu einem Umdenken geführt. Es kann,

> Drei Viertel aller Suizide entfallen auf Männer, wobei die Rate mit dem Alter zunimmt

es muss etwas getan werden, um die Zahl der Suizide zu senken.

Die wissenschaftlichen Erkenntnisse sind eindeutig: Drei Viertel aller Suizide entfallen auf Männer, wobei die Rate bei beiden Geschlechtern mit dem Alter zunimmt. Deshalb ist es sinnvoll, sich auf diese Hochrisikogruppen zu konzentrieren. Und insbesondere die Fachkräfte im Gesundheitswesen und der Pflege müssen besser geschult werden, um Signale der seelischen Not zu bemerken und Hilfsangebote zu vermitteln. Dazu gehört mindestens ein bundesweit rund um die Uhr verfügbarer telefonischer Krisendienst.

Und weil in vielen Fällen erst die Gelegenheit zum Suizid führt, gehören zu einer Präventionsstrategie auch Maßnahmen wie die Verkleinerung der Packungsgrößen von Schmerzmitteln oder ein besonderer Schutz bei Bauwerken. Es ist gut, dass sich mit Karl Lauterbach endlich ein Gesundheitsminister des Themas angenommen hat. Seinen Ankündigungen müssen nun aber auch Taten folgen.

Nicht zuletzt muss auch ein liberales Recht zur Inanspruchnahme der Sterbehilfe Teil einer Präventionsstrategie sein. Allein die Möglichkeit, selbstbestimmt und würdevoll der eigenen Existenz ein Ende setzen zu können, kann Menschen neuen Lebensmut geben. Es bleibt zu hoffen, dass im Bundestag bald ein neuer Anlauf für eine entsprechende Reform unternommen wird.

DEUTSCHE ZUSTÄNDE

„Ampelgezänk kostet Vertrauen“

Das politische Abdriften der jungen Generation nach rechts hat mit der Brüchigkeit von Bindungssystemen und stark gestiegenen Alltagssorgen zu tun

STEPHAN GRÜNEWALD
ist Geschäftsführer des „rheingold“-Instituts in Köln. In seiner Kolumne spricht er aus psychologischer Sicht über gesellschaftlich relevante Themen

Herr Grünewald, die Stimmung unter den jungen Menschen kippt. Dieses Ergebnis der Trendstudie „Jugend in Deutschland“ hat vorige Woche aufhorchen lassen. Die 14- bis 29-Jährigen, auch bekannt als „Generation Z“, sind erschöpft, deprimiert, sie haben Alltagssorgen, blicken ängstlich in die Zukunft – und sie driften politisch nach rechts. Welche Erklärung haben Sie mit Ihren tiefenpsychologischen Erhebungen für diese Befunde?

Die gesellschaftlichen Erschütterungen, die mit Corona, Klimakrise und Krieg verbunden sind, treffen die junge Generation viel stärker als die Älteren. Alarmierend finde ich, in welchem Maß Stress und krankhafte Erschöpfungszustände unter Jugendlichen zugenommen haben. Sie sind wie herausgerissen aus einer stabilen Rundumversorgung und einer Bereitstellungskultur, in der sie alles vorzufinden glaubten, was sie später einmal im Leben brauchen.

Verunsicherung als neues Lebensgefühl?

Noch mehr als das. Vor Pandemie und Krieg lebte die Jugend mit dem Selbstbewusstsein, die Dinge im Griff zu haben – besser sogar als die Elterngeneration. Mit ihrem Smartphone hatten sie die Welt in der Tasche, alles stand mit einem Wisch für sie bereit: Konsum, Beziehungen, Mobilität. Diese Gewissheit einer totalen Verfügbarkeit wich in der Pandemie einem großen Ohnmachtsgefühl: Man war umgeben von einem unsichtbaren Feind, zum Nichtstun verdammt. Und selbst die Pubertätsrevolte fiel aus, weil klar war: Wer sich gegen die Corona-Regeln auflehnt, riskiert das Leben seiner Eltern und Großeltern. Zugleich erlebten die Jugendlichen in der Corona-Zeit einen immensen Bedeutungsverlust.

Inwiefern?

Jugendliche waren die ersten, die festsaßen, und die letzten, die geimpft wurden. Vor Corona bestimmten Gestalten wie Greta Thunberg oder der Youtuber Rezo als Rollenmodelle die Debatten. Dann übernahmen auf einmal Christian Drosten und Karl Lauterbach das Kommando. Jugendliche waren als Kollektiv, aber auch individuell nicht mehr gefragt. Sie erleben sich seitdem zurückgeworfen auf sich selbst. Als Beziehungs-Waisen flüchten sie in die Selbstbezüglichkeit, und sie schrauben die Ansprüche an sich selbst höher und höher, um dann umso grandioser daran zu scheitern.

Das zieht einen ja ganz schön runter.

Und ich bin noch nicht fertig. Jugendliche brauchen für eine gesunde Persönlichkeitsentwicklung so etwas wie den Lichtstreif am Horizont, die Aussicht auf eine gute Zukunft. Die liegt jedoch angesichts von Krieg und Klimakrise in dichtem Nebel. Die Generation der Eltern kann dieses visionäre Vakuum mit einem Retrotrend füllen: Durch den Blick in den Rückspiegel können die Älteren Aufbruchsstimmungen der 80er oder 90er Jahre recyceln und in der Vergangenheit schwelgen.

Das können die Jugendlichen naturgemäß nicht.

Bei vielen jungen Menschen führt die gefühlte Endzeitstimmung eher zu einem Vorruhestands- Gebaren. Sie gehen auf Reisen oder nehmen mit Anfang 20 ihr erstes Sabbatical.

Aber wie passt das zur Diagnose, die Jugendlichen seien erfüllt von Alltagssorgen?

Viele Alltagssorgen, wie die Angst vor der Spaltung der Gesellschaft, gehen auf eine zentrale Grundangst von Kindern und Jugendlichen zurück: das Auseinanderbrechen ihres primären Bindungssystems, der Familie – mit desertierenden Vätern, alleinerziehenden Müttern, Patchwork-Verhältnissen verschiedensten Zuschnitts. Dem versuchen Kinder und Jugendliche oft unbewusst entgegenzuwirken, indem sie selbst als Systemstabilisierer agieren: Harmonisieren ist vielen wichtiger als rebellieren. Dass Vermittlungskünste und Diplomatie auf ganzer Linie scheitern können und es unwiderruflich zum Bruch kommen kann, hat ihnen vor allem der Ukraine-Krieg – für uns in Mitteleuropa noch bis vor kurzem eine Denkunmöglichkeit – vor Augen geführt.

> Die AfD bedient den Wunsch nach Wiederkehr stabiler Verhältnisse samt Schuldzuweisung für alles Widrige

Aber warum profitiert davon die AfD, die laut Umfrage bei der jungen Generation auf Stimmanteile von mehr als 20 Prozent kommt?

Weil auch der ständige Streit in der Ampel die eben beschriebene Grundangst vor der Brüchigkeit der Bindungssysteme zusätzlich triggert.

Sie erklären den massiven Rechtsruck in der jungen Bevölkerung mit Koalitionsgezänk?

Das ist sicherlich ein Grund für den Vertrauensverlust in die Ampelparteien. Die AfD bedient aber auch den Wunsch nach Wiederkehr stabiler Verhältnisse samt eindeutiger Schuldzuweisung für alles Widrige. Die Erzählung, man müsste nur bestimmte Sündenböcke fortjagen und alles wäre wieder gut, zieht bei Jugendlichen mit ihrer Sehnsucht nach umkümmerter Unbekümmertheit.

Spielt auch die Abkehr von den Idealen der Elterngeneration eine Rolle – konkret zum Beispiel von liberalen Werten wie Toleranz, Freiheit, Gleichheit, Geschwisterlichkeit?

Solche Konstellationen eines klassischen Generationenkonflikts sind nach unseren Beobachtungen eigentlich schon länger überholt. Wenn die Grundangst von Kindern und Jugendlichen das Auseinanderbrechen der Familie ist, blasen sie die Pubertätsrebellion ab. Der Aufstand gegen die Eltern fällt aus.

Sehen Sie einen Ansatz, junge Menschen wieder aus der rechten Ecke zu holen?

Das kann gelingen, wenn man ihnen eine echte Zukunftsperspektive bietet und positive Gruppenerfahrungen, in denen sie ihre soziale Befähigung nachholen können. Ich befürworte deshalb ein soziales Pflichtjahr – als Möglichkeit, sinnvolle Selbstwirksamkeit zu erfahren und sich sozial zu vertäuen.

Angesichts von Bedrohungen wie Klimakatastrophe oder Krieg ist das mit den „echten Zukunftsperspektiven“ leicht gesagt.

Wenn es gelingt, solche unbestreitbar beängstigenden Probleme herunterzubrechen auf das persönliche Lebensumfeld, dann kann davon durchaus wieder ein Gefühl positiver Lebensbewältigung ausgehen – so wie das zum Beispiel im Umgang mit der Energiekrise 2022/23 gelungen ist. Da galt es, einen Energiekollaps durch gemeinsame Kraftanstrengungen abzuwenden. Alle konnten dazu ihren Beitrag leisten. Es braucht also weniger die große Vision als klar umrissene Aufgaben, an denen alle mitwirken können.

Das Gespräch führte
Joachim Frank

KOMMENTAR

Es geht um die Demokratie

Die Pressefreiheit gerät immer stärker unter Druck

FELIX HUESMANN

Ohne sie ist alles nichts. Wenn Presse und Rundfunk nicht frei sind, sind auch alle anderen Freiheiten in Gefahr. Dass Journalistinnen und Journalisten ohne Sorge vor Verfolgung recherchieren und berichten können, ist eine Grundvoraussetzung für politische Freiheit. Die größte Gefahr für Autokraten ist eine gut informierte Öffentlichkeit. Nicht ohne Grund schränken autoritäre Herrscher die Freiheit der Medien weltweit seit Jahren mehr und mehr ein, lassen Journalisten ermorden und einsperren oder treiben sie ins Exil.

Bei der Verteidigung der Pressefreiheit geht es deshalb nicht bloß um die Befindlichkeiten von Journalisten, sondern um das große Ganze der Demokratie. Und es gibt viel zu tun: Nur acht Länder fallen in der jüngsten Pressefreiheits-Rangliste der „Reporter ohne Grenzen“ in die beste Kategorie. Die Zahl der Länder, in denen die Organisation unabhängige journalistische Arbeit für praktisch unmöglich hält, ist so hoch, wie seit mehr als zehn Jahren nicht. Und auch in dem weiten Feld zwischen völliger Freiheit und absoluter Unterdrückung verschiebt sich vieles zum Negativen. Gerade in einem Jahr, in dem in zahlreichen

> Die größte Gefahr für Autokraten ist eine gut informierte Öffentlichkeit

Ländern Parlamente und Staatsoberhäupter gewählt werden, ist das eine alarmierende Feststellung.

In Deutschland ist es um die Pressefreiheit insgesamt gut bestellt. Medienschaffende müssen sich hier nicht vor Repression fürchten. Doch selbst in der Europäischen Union ist das nicht überall so: Viktor Orban befindet sich schon seit Jahren auf Kriegsfuß mit den (noch verbliebenen) freien Medien Ungarns, in der Slowakei hat sich Robert Fico unlängst auf einen ähnlichen Kurs begeben.

Bislang gelingt es der EU nicht, dem ernsthaft etwas entgegenzusetzen. Die nächste EU-Kommission muss es sich deshalb zur Aufgabe machen, die Pressefreiheit in Europa noch besser zu schützen als bislang.

KÖLNER STADT-ANZEIGER MEDIEN
Ein DuMont Unternehmen

KÖLNER STADT-ANZEIGER

Herausgeber: Prof. Alfred Neven DuMont †, Christian DuMont Schütte, Isabella Neven DuMont.
Chefredakteur: Christian Hümmeler (komm.).
Stellvertreter: Dr. Sarah Brasack, Martin Dowideit.
Leitender Redakteur: Wolfgang Wagner (Politik).
Chefkorrespondent: Joachim Frank.
Region: Michael Greuel, Veit Ellerbrock (Head of Digital).
Landeskorrespondent: Gerhard Voogt (Leitender Redakteur).
Köln: Tim Attenberger; **Newsteam:** Kendra Stenzel; **NRW/Story:** Hendrik Geisler, Maria Dohmen; **Wirtschaft:** Thorsten Breitkopf; **Sport:** Christian Löer; **Kultur:** Anne Burgmer; **Magazin:** Eva Fiedler, Jenny Meyszner; **Chefreporter:** Peter Berger, Claudia Lehnen, Detlef Schmalenberg; **Art Director:** Nikolas Janitzki; **Produktion:** Florian Summerer.
Alle verantwortlich und wohnhaft in Köln.

Hauptstadtbüro: Eva Quadbeck (Ltg.); RND Berlin GmbH.
Auslandsvertretungen: Paris: Birgit Holzer; London: Susanne Ebner; Washington: Karl Doemens; Brüssel: Sven Christian Schulz; Madrid: Martin Dahms; Athen: Gerd Höhler; Rio de Janeiro: Tobias Käufer.

Nachrichtenagenturen: dpa, afp, sid, kna

E-Mail Redaktion: ksta-redaktion@kstamedien.de

Fax Redaktion: 0221 / 224 2524.

Verlag: M. DuMont Schauberg – Expedition der Kölnischen Zeitung GmbH & Co. KG – ein Unternehmen der Kölner Stadt-Anzeiger Medien, Amsterdamer Straße 192, 50735 Köln. Postbank Köln, IBAN: DE90 3701 0050 0000 2505 05.
Geschäftsführung: Christian Hümmeler.
Das Bezugsgeld enthält 7 % Mehrwertsteuer. Freitags mit Prisma, TV-Magazin zur Zeitung.

Gültig: Anzeigenpreisliste Nr. 26 vom 1. Januar 2024 und unsere Allgemeinen und Zusätzlichen Geschäftsbedingungen. Erfüllungsort und Gerichtsstand, soweit gesetzlich zulässig, ist Köln. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr.

Druck: Mittelrhein-Verlag GmbH, Mittelrheinstr. 2-4, 56072 Koblenz
Für die Herstellung des Kölner Stadt-Anzeiger wird Recycling-Papier verwendet.

Abonnenten-Service
Tel. 0221 / 92586420, Fax 0221 / 224-23 32
E-Mail: abo-kundenservice@tageszeitung.koeln

Anzeigen-Service
Verantwortlich: Oliver Siegert.
Tel. 0221 / 92586410, Fax 02 21 / 224-24 91
E-Mail: anzeigen@tageszeitung.koeln

Diese Zeitung wird unter Verwendung von Google-Fonts hergestellt

Kölner Stadt-Anzeiger online: www.ksta.de